

**Haushaltsrede der Bürgerlichen Wähler Liste zum HH 2025**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Bürgerinnen und Bürger, Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats.

Wir leben in einer Zeit, in der das, was gestern noch galt, heute nicht mehr gilt. Eine Zeit, in der man sich dessen, was lange Zeit unseren Wohlstand und unsere Freiheit sicherte, nicht mehr sicher sein kann.

Jeden Morgen, wenn man aufsteht, muss man erstmal schauen, welcher neue Wahnsinn die Welt ins Chaos stürzt. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass die Verantwortlichen in der "großen" Politik sich wieder zusammenreißen und das tun, für was sie gewählt sind: Unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensgrundlage zu erhalten und zu schützen.

Wir hier, in der "kleinen" Politik, wollen auf lokaler Ebene unseren Beitrag dazu leisten. Die Gemeinderatswahlen im vergangenen Jahr haben viele neue Gesichter ins Gremium gebracht, eine Herausforderung für uns für Sie für die gesamte Verwaltung und auch die sogenannten „Altgedienten". Alle mussten sich neu ausrichten und sich finden. Aus Sicht der Bürgerlichen Wählerliste ist es gelungen, wenngleich der bekannte Spruch auch hier gilt: Beständig ist nur die Veränderung.

Unsere Anträge zum diesjährigen Haushaltsplan haben wir der Verwaltung bereits zukommen lassen und ich möchte mich für die Kommentare und Anmerkungen bedanken. Zu den wesentlichen Eckpunkten möchten wir dennoch Stellung beziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Haushalt 2025 ist gekennzeichnet mit Alarmsignalen: Wie Sie selbst in Ihrer Schlussbetrachtung schreiben, Herr Bürgermeister, gelingt es der Stadt erstmals seit 2012 nicht mehr, die Abschreibungen zu erwirtschaften.

Und wenn man dann noch bedenkt, dass die beiden Großprojekte Öffnung der Schussen und Regio S-Bahn, im Haushalt überhaupt nicht berücksichtigt sind, zeigt es deutlich vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Ihr Lösungsansatz für dieses Herausforderungen geht deutlich auf die Streichung von Freiwilligkeitsleistungen sowie die Steigerung von Einnahmen durch Gebühren- und Abgabenerhöhungen - also weitere Belastungen für Bürgerinnen und Bürger.

Unser erster Lösungsansatz kommt aus der entgegengesetzten Richtung: Wir von der BWL sind der Meinung, bevor die Gebühren und Abgaben für unsere Bürgerinnen und Bürger, für Familien, Rentnerinnen und Rentner erhöht werden, muss alles dafür getan werden, die städtischen Ausgaben zu reduzieren. Erst dann bleibt als Ultima Ratio die Erhöhung der Abgaben

in Form von Steuern und Gebühren und die Streichungen von Freiwilligkeitsleistungen.

Wir sind der Ansicht, dass es sehr wenig Sinn macht, unseren Bürgern die Leistungen zu streichen, die das ehrenamtliche Engagement fördern und unterstützen und damit einen Mehrwert für die Gemeinschaft schaffen. Vor allem darum, weil es sich hier nicht um die wirklich großen Beträge handelt.

Aus diesem Grund müssen wir die strukturellen Themen angehen und die langfristige Stabilität des Haushalts sicherstellen.

Und wenn man den Haushalt aus dieser Sicht betrachtet, kann es nur ein Thema geben, das als erstes diskutiert werden muss: Der Breitbandausbau!

Die Entscheidung, den Ausbau des Breitbandnetzes in eigener Regie zu übernehmen, schlägt sich jetzt im Haushalt nieder. Im Herbst haben Sie uns – auf unseren Antrag hin – einen aktualisierten Businessplan für dieses Großprojekt vorgelegt. Daraus geht eindeutig hervor, dass die ursprünglich versprochenen Ergebnisse nicht gehalten werden können. Und, was viel schlimmer ist: Das ganze Thema wird zu einem Zuschussbetrieb. Und das schlägt sich auf den Haushalt nieder: So steht dort entsprechend ein dauerhaften Minus: Im Ergebnis von annähernd 250.000 Euro und ein Gesamt Minus beim Ressourcenbedarf von annähernd 500.000 Euro – pro Jahr! Eine halbe Million Euro minus. Jahr für Jahr. Laut dem aktualisierten Business Plan wird erst ab dem Jahr 2036 mit einem positiven Ergebnis gerechnet. Und erst ab den 2050er Jahren soll das Gesamtprojekt wirtschaftlich werden.

Man muss es einfach so deutlich sagen: Nachdem wir in diesem Jahr die letzten Kredite der Kurkliniken getilgt haben, droht uns jetzt das nächste Millionengrab – Breitband im Eigenbetrieb!

Dies ist umso ärgerlicher, da es eine Alternative gab. Eine Alternative, die den Bürgern das gleiche Ergebnis gebracht hätte und die ohne Risiko für den städtischen Haushalt funktioniert hätte.

Die Entscheidung, den Breitbandausbau in eigener Hand umzusetzen, führt dazu, dass an anderen Stellen gespart werden muss und Projekte nicht umgesetzt werden können. Zudem stellt der Ausbau in Eigenregie eine vermeidbare Belastung der Stadtverwaltung dar, die angesichts personeller Engpässe dazu führt, dass immer mehr Überstunden aufgebaut werden und Pflichtaufgaben nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt werden können.

Diesen Fehler gilt es zu korrigieren! Wir müssen versuchen den städtischen Breitbandausbau an einen Dritten abzugeben. Die Verwaltung wird beauftragt, mit möglichen Partnern zu verhandeln mit dem Ziel, den

Breitbandausbau mit den bestehenden Verträgen abzugeben. Diese Verhandlungen sind noch im ersten Halbjahr aufzunehmen. Der Gemeinderat soll den Prozess mit je einem Mitglied pro Fraktion begleiten. Und dann entscheiden ob es eine sinnvolle Lösung gibt den Breitbandausbau abzugeben.

Diese Maßnahme wird unseren Haushalt und die Verwaltung in Bauamt und Kämmerei maßgeblich, ja sogar entscheidend entlasten und Kapazitäten frei machen für unsere Pflichtaufgaben und für Mehrwerte im Sinne der Bürger - und das ohne Qualitätseinbußen im Breitbandausbau. Die Spekulation, dass unser Netz einmal sehr gewinnbringend verkauft werden kann, halten wir für Wunschdenken, oder im besten Fall für eine Wette auf die Zukunft, die wir angesichts der jetzigen finanziellen Situation der Stadt nicht mitgehen wollen - denn den Wetteinsatz bezahlen unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ausgabenreduzierung heißt für uns auch, dass der Ersatzbau für die abgebrannte Scheune am Zellerhof nicht auf einmal 350.000€ kosten darf, und damit 150.000 Euro mehr, als die Stadt von der Versicherung bekommt. Hier muss eine Lösung gefunden werden, die nicht zu einer Mehrbelastung führt - sprich mit der Schadensersatzsumme auskommt, die wir von der Versicherung erhalten.

Wie bereits im letzten Jahr von uns beantragt und vom Gemeinderat beschlossen, wollen und müssen wir uns auch dieses Jahr um die Betreuung von Kindern kümmern. Im Bereich Kindergarten genauso wie im Bereich Ganztagsbetreuung in der Grundschule.

Entgegen der ursprünglichen Planung am Spatzennest wurde im Dezember die Erweiterung des Kindergartens Wackelzahn beschlossen, und zwar weil dies laut Verwaltung die einzige Lösung war, die 2025 umgesetzt werden kann. Umso mehr wundert uns jetzt, dass im vorgelegten Haushalt für 2025 keine Mittel für die Maßnahme eingeplant sind. Dies entspricht nicht der Beschlusslage des Gemeinderats.

Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr erst im April über den Haushalt beraten, gibt uns allerdings die Möglichkeit, nochmal auf die aktuellen Zahlen zu schauen und die geplanten Investitionen gegebenenfalls in eine andere Richtung zu lenken. Wenn wir jetzt tatsächlich den Gipfel der Anmeldezahlen erreicht haben, müssen wir uns im nächsten Schritt mit der Qualität beschäftigen. Hierbei sei an dieser Stelle nur das Thema Ganztagesbetreuung erwähnt. Aussitzen ist für die BWL jedenfalls keine Option. Das Thema Kinderbetreuung muss daher im Mai erneut auf die Tagesordnung.

In den vergangenen Jahren haben wir über 700.000 Euro in das Gebäude des Annemarie Griesinger Hofes investiert. Ein klares Zeichen für den

Standort mit den beiden Kindergärten – Wackelzahn und Waldorf Kindergarten. Im nächsten Schritt soll die Gehweg-Verlängerung von Kleinwinnaden bis zum Neubaugebiet Martinsesch umgesetzt werden. Dies ist für einen sicheren Weg zum Kindergarten absolut notwendig. Für die BWL ist es daher unverständlich, an dieser Stelle Einsparungen vorzunehmen. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt einzustellen. Mehr dazu wenn wir über die Anträge sprechen.

### **Erlauben Sie mir ein paar Sätze zur finanziellen Situation der Stadt**

Die prägenden Ausgaben der letzten Jahre und auch in diesem Jahr sind für die Schulsanierung. Auch hier werden in den kommenden Jahren massive Abschreibungen auf uns zukommen. Weiter werden auch die Zins- und Tilgungsleistungen den Haushalt einschränken. Und dementsprechend die freien Mittel die uns noch zur Verfügung stehen. Eine solche Situation hatten wir bereits durch die Kurkrise, als die Stadt auf Grund der finanziellen Belastungen fast handlungsunfähig war.

Wie aus der Presse letzte Woche zu entnehmen war, ächzen viele Kommunen unter den finanziellen Belastungen. Wir sind also nicht allein mit unseren Sorgen - was uns aber nicht weiterhilft. Das Problem ist vielschichtig. Und wir Bundespräsident Steinmaier die Tage zu Recht angemahnt hat, muss der Bund und die Länder finanziell besser ausstatten. Wer bestellt bezahlt!

Aber sicher ist, dass aktuell der Fokus bei den großen Investitionen auf den Pflichtaufgaben liegen muss. Dabei geht es nicht um „Kleinbeträge“, es geht um die großen Brocken.

Was können wir uns also noch leisten? Sicher keine Luftschlösser! Was wir von der BWL wollen, sind Investitionen, die den Menschen hier, den Bürgerinnen und Bürgern einen Mehrwert bieten und die dazu beitragen, dass das Leben in Bad Schussenried und den Teilorten lebenswert bleibt.

Ein Thema, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist die Sporthalle. 2014 hat der Gemeinderat den ersten Beschluss zur Generalsanierung gefasst. Seither wurde viel geplant, diskutiert und Geld verbrannt – um genau zu sein: 300.000 Euro laut Haushalt und wenn man es genau betrachten würde, sicher deutlich mehr. Und die Sporthalle ist mehr oder weniger noch immer auf dem Stand von 2014. Das hätte nicht sein müssen: In Aulendorf kann man gut sehen, was aus einer Sporthalle aus den 70er Jahren werden kann – wenn man nur will.

Wir sind es den Schülerinnen und Schülern und unseren Vereinen schuldig, dass wir bei diesem Thema endlich weiterkommen. Wir sind uns sicher, dass ein Neubau auszuschließen ist. Das konnten wir uns in den letzten 11

Jahren nicht leisten, und das werden und wollen wir uns auch in den nächsten 11 Jahren nicht leisten. Wir beantragen daher, dass die Verwaltung dem Gemeinderat aufzeigt, wie wir aus der aktuellen Förderkulisse – die einen Neubau voraussetzt – aussteigen können und in eine schrittweise Sanierung einsteigen können. Aus unserer Sicht gilt es jetzt einen Sanierungsfahrplan zu erstellen. Durch die Milliardeninvestitionen, die der Bund derzeit vorbereitet, könnte sich vielleicht auch hier eine neue Chance auftun - darauf müssen wir vorbereitet sein, um gegebenenfalls schnellstmöglich Fördermittel beantragen zu können.

Wir wollen auch Maßnahmen ergreifen, um den Zellersee weiter aufzuwerten, und wir wollen mit dem Bürgerbudget – das Sie ja bereits im Haushalt eingearbeitet haben – den Vereinen unter die Arme greifen. Jeder Euro, den wir in unsere Vereine investieren, bringt uns ein Vielfaches an Wert zurück.

Am Schussenursprung wollen wir Maßnahmen ergreifen, damit die Schussen zusammen mit dem Biber erlebbar wird und bleibt.

Bereits in der Vergangenheit wurde schon öfters auf das Thema Leerstandsmanagement hingewiesen. Immer mehr Verkaufsflächen stehen leer oder sind sogenannte versteckte Leerstände - also Flächen, die zwar belegt sind, aber nicht dem originären Nutzen dienen. Die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag ist für uns nicht befriedigend. Wir müssen mich Nachdruck an diesem Thema aktiv bleiben und den Aufenthaltswert der Innenstadt steigern. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der Eigentümer müssen wir uns gemeinsam für eine attraktive Innenstadt einsetzen. Das ist kein einfacher Weg. Nur gemeinsam bekommen wir das hin.

Zu diesen Punkten werden wir uns dann im Rahmen der Diskussion um die Anträge weiter äußern.

Zusammenfassen lassen sich all diese Anträge darin, dass wir von der BWL nach wie vor nicht bereit sind, an den Stellen, die für die Lebensqualität in Schussenried so wichtig sind, zu sparen, damit sich die Kommune den Breitbandausbau in Eigenregie gönnen kann.

Kommunalpolitik bedeutet, aber natürlich auch Organisation und Verwaltung. Auch dazu haben wir uns Gedanken gemacht.

Grundsätzlich sehen wir die Haushaltserstellung und Verabschiedung dieses Jahr als absolute Ausnahme an. Es kann und darf nicht sein, dass wir erst im April über den Haushalt des laufenden Jahres beraten und entscheiden. In den vergangenen Monaten haben wir bereits hunderttausende Euros ausgegeben, die jetzt erst im Gesamtbild zum Tragen kommen. Des Weiteren ist es eine Zumutung für alle

Gemeinderäte, sich in 2 Wochen einen Überblick über 650 Seiten Haushalts- und Wirtschaftspläne zu verschaffen.

Wir müssen uns die Frage stellen, auf welcher Flughöhe wir hier im Gremium diskutieren wollen und was wir getrost der Verwaltung überlassen können. Für uns ist es nicht relevant zu wissen, dass bei der Bereitstellung von Wahlgräbern 250 Euro für Steuern und Versicherungen anfallen. Wir schlagen deshalb vor, eine Haushaltsübersicht zu erstellen, die sich auf die wesentlichen Daten und Fakten beschränkt. Auch beim Thema Personal wollen wir der Verwaltung mehr Verantwortung übertragen. Einstellungen im Rahmen des Stellenplans sollen in Zukunft von der Verwaltung weitestgehend eigenständig erfolgen können.

Um an den zahlreichen Themen konzentriert zu arbeiten, schlagen wir nochmals die Schaffung eines Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie die Schaffung eines Bauausschuss vor. Themen gibt es aus unserer Sicht reichlich. Beide Ausschüsse sollen beschließend sein bis zu festgesetzten Grenzen. Lassen Sie uns darüber diskutieren und einen gemeinsamen Weg finden.

Unsere Eigenbetriebe sind im Wesentlichen im Plan. Die Tourist Info steht in diesem Jahr im Zeichen der großen Landesausstellung, was höhere Ausgaben rechtfertigt. An dieser Stelle bereits ein großes Dankeschön an alle Beteiligten, die dazu beitragen, dass die Landesausstellung und alle Veranstaltungen rund um die Ausstellung möglich werden.

Beim Eigenbetrieb Wasser schlagen jetzt die Ausgaben der letzten Jahre durch. Mit einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Gebührenerhöhung von 20 Cent auf 2,02 EUR pro m<sup>3</sup>. Dies ist nicht nur der Netzerneuerungsstrategie geschuldet, sondern die Ursache dieser Kostensteigerung ist nicht zuletzt auch der Bau der neuen Wasserleitung nach Laimbach. Einer Wasserleitung, die kein Laimbacher wollte und an die auch kein Laimbacher angeschlossen ist. Den Gebührenzahler hat dieses Invest aber über eine Million Euro gekostet.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Gebührenerhöhung lehnt die BWL ab. Wir beantragen, die Gebühr auf maximal 1,95 Euro/m<sup>3</sup> festzusetzen.

Die massiven Investitionen der letzten Jahre führen zu hohen Krediten, Zinsen und Abschreibungen, die unsere Wasserpreise weiter nach oben treiben werden. Die Erneuerungsstrategie ist sinnvoll, aber muss auch maßvoll in der Umsetzung sein mit ständigem Blick auf die Gebührenhöhe. Das Thema muss in diesem Jahr noch einmal vom Gemeinderat beraten werden – und wäre bestens im neu zu schaffenden Bauausschuss aufgehoben.

Maßvoll und mit der Orientierung am Notwendigen müssen wir uns auch die kommenden Jahre verhalten. Nur dann gibt es noch Handlungsspielraum für sinnvolle und auch wünschenswerte Aufgaben.

Vielen Dank an Sie Herr Bürgermeister aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans und der Wirtschaftspläne – Insbesondere an das Team der Kämmerei.

Herr Bürgermeister, Sie haben ja bereits angekündigt, dass Sie zur Wahl im nächsten Jahr nicht mehr antreten werden. Lassen Sie uns gemeinsam in der noch verbleibenden Zeit die anstehenden Aufgaben im Interesse der Stadt, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger angehen und umsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Es gilt das gesprochene Wort!**